

Perspektiven

Das Magazin der Metall- und Elektro-Industrie

03|2024

Politikwissen-
schaftler
**Prof. Herfried
Münkler**
über Wege zum
Zusammenhalt

GEHT UNS DAS WIR VERLOREN?

Wie gesellschaftlicher
Zusammenhalt gelingt.

ZUSAMMENHALT



»Freiheit und Demokratie gibt es nicht zum Nulltarif.«

André Bodemann, Generalleutnant der Bundeswehr, im Exklusivinterview
über Bedrohungen und den **Operationsplan Deutschland**



PERSPEKTIVEN. Der Titel des Magazins der Metall- und Elektro-Industrie ist ein **VERSPRECHEN**: Es geht um **STANDPUNKTE, MEINUNGEN** und **STIMMEN** der M+E-Arbeitgeber, aber auch um **ANDERE BLICKWINKEL** auf das, was bewegt. **GESAMTMETALL** wünscht Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

03 KOMMENTAR

Politikwissenschaftler Prof. Herfried Münkler über Wir-Erfahrungen als Weg zum Zusammenhalt

04 AGENDA

Meldungen und Standpunkte aus Wirtschaft, Politik und M+E-Industrie

04 MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Bundesminister Christian Lindner (FDP) als Gastredner

07 SICHT:WEISE

Drei Stimmen zu fehlender Leistungsbereitschaft in der Gesellschaft

08 TITELTHEMA

Kirchen, Parteien, Vereine und Gewerkschaften verlieren massiv an Mitgliedern. Kann es noch ein Wir geben ohne diese Institutionen?

18 DEBATTE

Generalleutnant André Bodemann, Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, im Exklusivinterview

24 DEUTSCHLAND BESSER MACHEN

Digitalisierung der Verwaltung – woran scheitert das Onlinezugangsgesetz?

27 BILDUNG

Die Chancenkarte für Fachkräfte in der Analyse und ein MINT-Test, der zum Mars führt

28 PERSPEKTIVE

Kein Ende der Rezession – aktuelle Konjunkturdaten der M+E-Branche

30 RETROSPEKTIVE

Was wurde aus dem Gute-KiTa-Gesetz?

31 PERSONALIEN

30 IMPRESSUM

31 KARIKATUR

32 ZITAT



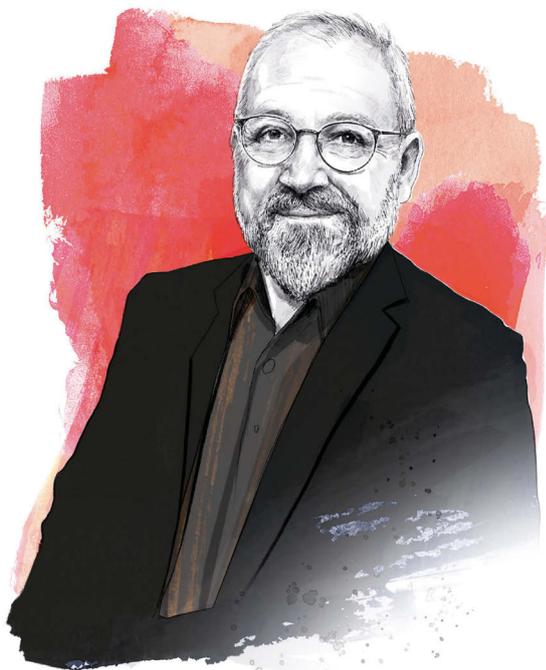
Nur noch 78 Prozent betrug die Auslastung der M+E-Unternehmen im Juli. Nur während der Finanzkrise und in der Corona-Pandemie war sie niedriger. **S. 28**

Neue Wege zu einem nachhaltigen Wir

WAS MEINEN SIE, HERR MÜNKLER? Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht mehr als moralische Appelle. Notwendig sind echte Projekte und große Ziele, sagt Politikwissenschaftler Herfried Münkler.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ist der Gegenbegriff zur „gespaltenen Gesellschaft“. Wo eine Spaltung der Gesellschaft diagnostiziert wird, wird umgehend nach mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt gerufen. Doch solange das ein moralischer Appell bleibt, der sozialökonomischen Entwicklungen entgegenwirken soll, gerät er schnell in den Verdacht, weiße Salbe zu sein, von der die tiefen Risse in der Gesellschaft bloß zugedeckt, aber nicht geheilt werden. Wo der Aufruf zu gesellschaftlichem Zusammenhalt mehr sein soll als ein Aufruf zu mehr Selbstlosigkeit und stärkerer Fürsorglichkeit für andere, braucht er ein Projekt, das die Gesellschaft in Gänze erfasst.

Wie kommen liberaldemokratische Gesellschaften vom Ich zum Wir? Der Soziologe Ferdinand Tönnies hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Begriff der Gemeinschaft dem der Gesellschaft gegenübergestellt: Gesellschaft ist eine Aggregation von Individuen, die ihre Eigeninteressen verfolgen; Gemeinschaft ist eine festgefügte Gruppe mit einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl. Gesellschaften funktionieren auf der Grundlage des Tauschs; Gemeinschaften sind um den Gedanken des Opfers zentriert. Mit dem Gemeinschaftsgedanken haben die Deutschen in der Zwangsjacke der nazistischen Volksgemeinschaft freilich schlechte Erfahrungen gemacht: Das Wir hat das Ich konsumiert. Mit der Vorstellung der Gesellschaft haben sie sich in der Bundesrepublik dann zunehmend angefreundet, vom Rechtsstaat bis zur Marktwirtschaft. Der Zusammenhalt, der jetzt



eingefordert wird, will die Ordnung der Gesellschaft nicht aufgeben und zurück in die trügerische Wohligkeit der großen Gemeinschaft. Offensichtlich sind jedoch Elemente des Gemeinschaftlichen vonnöten, um Gesellschaften dauerhaft zusammenzuhalten. Die scheinen aber in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen zu sein, zuletzt infolge einiger Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie.

Narrative, die die gesamte Gesellschaft erfassen

Einige haben sich von der Fußball Europameisterschaft in Deutschland eine Rückkehr des Gemeinschaftsgefühls versprochen und das Sommermärchen von 2006 beschworen. Das hat allenfalls am Rande geklappt. Das wäre auch auf ein Zurückdrehen der Zeit um knapp 20 Jahre hinausgelaufen. Dafür hat sich inzwischen zu viel verändert. Man steigt eben nicht zweimal in denselben Fluss. Was an der Idee dennoch richtig war und ist: Gesellschaftlicher Zusammenhalt erwächst aus gemeinsamen Erfahrungen, gemeinsamem Freudentaumel wie gemeinsamer Trauer. Für einen Augenblick und in einem vom Alltag abgetrennten Raum kann aus den vielen Ichs ein Wir werden. Dieses Wir ist komplementär zum Ich und nicht konsumtiv: Es bewahrt das Ich und zehrt es nicht auf.

Aber wie kommt man zu solchen Wir-Erfahrungen? Sportliche Großereignisse sind dafür immer gut, sie sind aber auch schnell wieder vorbei und in ihrer Nachwirkung begrenzt. Verlässlicher sind Narrative, die tendenziell die gesamte Gesellschaft erfassen und ihr ein Ziel vorgeben, das sich nur gemeinsam erreichen lässt. Und das so anspruchsvoll ist, dass sein Erreichen kollektiven Stolz nach sich zieht. Das kann die Rückgewinnung einer technologisch-wissenschaftlichen Spitzenposition in Europa sein, ein Spitzenplatz im ökonomischen und ökologischen Wettstreit oder das Zusammenhalten der EU durch die Führungsmacht Deutschland in schwierigen Zeiten. Die Narrative haben die Aufgabe, auf dem Weg zum gesteckten Ziel die ganze Gesellschaft „mitzunehmen“ – auch diejenigen in den östlichen Bundesländern, die sich immer noch nicht zugehörig fühlen und sich in einer gespaltenen Gesellschaft beheimatet fühlen. Die Narrative des Wir beschreiben Aufgaben, die nur gemeinsam zu bewältigen sind. Und sie erzählen davon, wie das gelungen ist. P

GASTAUTOR: Herfried Münkler

WOHNORT: Berlin

BERUF: Politikwissenschaftler

BERUFUNG: Politik analysieren und erklären

Deutschland fällt zurück

Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit beherrschte die Reden von Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) auf der **MITGLIEDERVERSAMMLUNG VON GESAMTMETALL**. Gastgeber war in diesem Jahr HESSENMETALL.



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wolle den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit des Landes nicht zur Kenntnis nehmen – das warf Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf auf der diesjährigen Gesamtmetall-Mitgliederversammlung dem Politiker vor. Das sei vielleicht das größte Standortrisiko überhaupt, sagte er in Frankfurt beim Gastgeber Hessenmetall.

Aktuell würden negative Standortfaktoren nicht mehr von positiven Entwicklungen kompensiert. Deutschland falle weiter zurück. Investitionen unterblieben, der Kapitalstock veralte, die Wettbewerbsfähigkeit sinke. Wolf: „Wir schmieren ab – im weltweiten, aber auch im europäischen Vergleich. Finanzminister Lindner sagte neulich, die Party sei vorbei, um seine Kollegen von weiteren Geldausgabeorgien abzuhalten. Und ja, die Party ist vorbei.“

»Wir schmieren ab – im weltweiten, aber auch im europäischen Vergleich.«

Dr. Stefan Wolf,

Gesamtmetall-Präsident, auf der Mitgliederversammlung über die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands

Bundesfinanzminister und FDP-Vorsitzender Christian Lindner sprach als Gast über die Verbesserung der Rahmenbedingungen. Deutschland brauche einen neuen Agenda-Moment, eine Wirtschaftswende. Er sprach sich für eine Senkung der Steuerlast für Unternehmer aus, mehr Anreize für Beschäftigung von Sozialleistungsempfängern sowie eine Regulierungspause und Bürokratieabbau. Eine Reform der Schuldenbremse lehnte er erneut ab.

Die Mitgliederversammlung bestätigte Wolf für weitere zwei Jahre im Amt, ebenso wie die weiteren Präsidiums-Mitglieder Vizepräsident Wolfram Hatz, Arndt G. Kirchhoff, Wolf Matthias Mang und Dr. Joachim Schulz sowie als Schatzmeister Folkmar Ukena. Mit dem traditionellen Festabend, der in diesem Jahr im Frankfurter Palmengarten stattfand, erreichte die Mitgliederversammlung ihren Höhepunkt. 



Hochkarätig besetzt: Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf (Foto 1, links und Foto 5) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) (Foto 1, rechts) sprachen auf der Mitgliederversammlung von Gesamtmetall in Frankfurt. Unter den Teilnehmern waren auch Simone Weinmann-Mang, Geschäftsführerin der Arno Arnold GmbH, Angelique Renkhoff-Mücke, vbm-Verhandlungsführerin, und Wolfram Hatz, Präsident des vbm (Foto 2, v.l.), Wolf Matthias Mang, Präsident von HESSENMETALL, der Hessische Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck (CDU), Dirk Pollert, Hauptgeschäftsführer von HESSENMETALL (Foto 3, v.l.), und Arndt G. Kirchhoff, Präsident von METALL NRW (Foto 4).



IdeenExpo 2024

Steig ein in die
Zukunftsindustrie auf
der IdeenExpo**Zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft:**

NiedersachsenMetall-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Schmidt (links), Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar (2. v. l.), Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) (2. v. r.) und BMW-Vorstandsmitglied Ilka Horstmeier (rechts) besuchten den M+E-Stand.

Vom 8. bis 16. Juni zog es 30.000 junge Menschen, die sich für eine Karriere in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen interessieren, zur IdeenExpo auf das Messegelände in Hannover. Im Mittelpunkt stehen immer die Berufe der Metall- und Elektro-Industrie. NiedersachsenMetall, Gesamtmetall und Hessenmetall waren in diesem Jahr mit einem gemeinsamen 1.000 Quadratmeter großen Stand vertreten. Die Verbände präsentierten die neue Nachwuchskampagne der M+E-Industrie „What about ME? – Steig ein in die Zukunftsindustrie“. Viele spektakuläre und interaktive Exponate waren zum ersten Mal zu erleben. Auch der M+E-InfoTruck im neuen Design der Nachwuchskampagne empfing zahlreiche Schülergruppen und war ein Blickfang in der Messehalle. Im TalentCamp der Mitgliedsunternehmen von NiedersachsenMetall konnten Jugendliche ihre Eignung für eine Ausbildung testen. Unter Anleitung von Auszubildenden konnten sie typische Arbeitsschritte wie Feilen, Sägen und Bohren ausprobieren und eigene Werkstücke herstellen. Die Schau richtet sich besonders an Schülerinnen und Schüler der Berufsorientierungsphase, die sich über Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in technischen Branchen informieren möchten. Die nächste IdeenExpo findet 2026 wieder in Hannover statt.

CSRD-RichtlinieVerursacht
hohe
Bürokratie-
kosten

Das Bundeskabinett hat den Gesetzesentwurf zur Umsetzung der überarbeiteten EU-Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie verabschiedet. Auch wenn es sich um eine **1:1-Umsetzung der EU-Vorgaben** handelt, ist das Gesetz aus Sicht der Wirtschaft stark zu kritisieren. Der Entlastungseffekt des umfangreichen Vierten Bürokratienteilungsgesetzes würde durch dieses eine neue Gesetz mehr als zunichtegemacht. Die Bürokratiekosten für Unternehmen, die ohnehin schon in der Flut aus Berichtspflichten unterzugehen drohen, würden so noch weiter ansteigen. Laut Entwurf ist mit einem einmaligen Erfüllungsaufwand von rund **846 Millionen Euro** und mit einem jährlichen Erfüllungsaufwand von ca. **1,58 Milliarden Euro** zu rechnen. Die mittelbaren Kosten für Unternehmen, die nicht direkt in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen, sind dabei noch nicht mit einberechnet.



Mehr Freizeit statt Arbeit – Mangelt es uns an Leistungsbereitschaft?

Seit jeher befindet sich die Arbeitswelt im Wandel. Doch aktuelle Entwicklungen hin zu mehr Erholung sorgen für große Meinungsunterschiede. Auch bei unseren drei Experten.



»Die Deutschen sind nicht faul, sondern die bezahlte Arbeit verteilt sich heute auf mehr Schultern. Dies entspricht den Wünschen der Menschen und macht Beschäftigte produktiver.«

Prof. Marcel Fratzscher,
Präsident DIW

Das Narrativ der leistungsunwilligen Deutschen steht in Widerspruch zu den Fakten: Mit 46 Millionen Beschäftigten gab es nie mehr Menschen in Arbeit als heute, auch dank der knapp 2,3 Millionen Menschen, die seit 2016 zusätzlich in Arbeit gekommen sind. Und die **insgesamt geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr haben 2023 ebenfalls ein Rekordhoch** erreicht. Dieser Beschäftigungsboom ist nicht der Demografie geschuldet, sondern dem Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen und der starken Zuwanderung. Die Forderungen nach einer Steuerbefreiung von Überstunden oder einer höheren Wochenarbeitszeit sind aus ökonomischer Perspektive kontraproduktiv. Bessere Qualität und höhere Produktivität der Arbeit sollten die zentralen Ziele einer klugen Arbeitsmarktpolitik sein.



»Wenn wir unseren Wohlstand in Deutschland erhalten wollen, müssen wir zukünftig wieder mehr arbeiten, nicht weniger.«

Gitta Connemann (CDU),
MIT-Bundesvorsitzende

Weniger Arbeit, mehr Freizeit – bei gleichem Gehalt. Wer wünscht sich das nicht? Aber das Perpetuum mobile gibt es nicht. Es beißt die Maus keinen Faden ab. Debatten um Arbeitszeitverkürzung und Vier-Tage-Woche passen nicht in die Zeit von Stagnation, Fachkräftemangel und demografischem Wandel. **Wir müssen mehr und auch länger arbeiten.** Für die Sicherung unseres Wohlstandes braucht Deutschland Menschen, die anpacken wollen. **Dafür muss sich Leistung aber auch wieder lohnen.** Mitarbeiter brauchen mehr Netto vom Brutto, Betriebe eine echte Unternehmenssteuerreform. Und die Fehlanreize für Nicht-Arbeit müssen weg. Einfach mal machen.



»Die Generation der ›Boomer‹ kommt nicht zurück. Der zunehmende Wunsch nach Abgrenzung von Arbeits- und Privatwelt verträgt sich mitunter nicht gut mit Homeoffice.«

Prof. Mathias Albert,
Leiter Shell-Jugendstudie

Gerade für die jüngere Generation spielt eine Balance zwischen Arbeit und Freizeit, vor allem aber die klare Abgrenzung der beiden Lebensbereiche, eine immer größere Rolle. Die Zeit der „Boomer“-Generation, die sich viel stärker über Arbeit definiert, kommt nicht zurück. Etwas ganz anderes ist die Leistungsbereitschaft während der Arbeitszeit. **Hier hat insbesondere der Trend zum Homeoffice einen mitunter paradoxen Effekt.** Trotz eines Wunsches nach klarer Trennung von Arbeitswelt und Privatleben wird hier die Arbeit ins private Umfeld hineingetragen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen damit zurecht. Aber viele hadern auch bei einer grundsätzlich vorhandenen Leistungsbereitschaft mit dieser Entgrenzung von Arbeits- und Privatwelt.

Gibt es ein Wir ohne Institutionen?

Einst waren es die Kirche, Parteien, Vereine und Gewerkschaften, die als Bindeglieder unserer Gesellschaft fungierten. Doch ihr Einfluss schwindet, seit Jahren. Woher kommt dieser Wandel und welche neuen Wege müssen wir gehen, um als Gemeinschaft wieder näher zusammenzufinden?

Wir driften auseinander. Ob an der Supermarktkasse, im Wirtshaus oder in der Kommentarleiste auf Social Media – der Ton ist rauer geworden in Deutschland und die Lager sind verhärteter denn je. Extrem rechte und linke Parteien bekommen immer mehr Zulauf, man bringt einander kaum noch Wertschätzung entgegen und selbst durch Familien und Freundeskreise ziehen sich mittlerweile Risse der Entzweiung – schon allein, weil die vergangenen Krisenjahre so viele Themen hervorgebracht haben, die polarisieren und über die man sich so wunderbar uneinig sein kann. Gibt es noch so etwas wie ein Wir-Gefühl?

Laut einer Studie der gemeinnützigen Organisation „More in Common“ machten sich 2023 etwa zwei von drei Menschen in Deutschland (62 Prozent) regelmäßig Gedanken über den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Lange waren es die althergebrachten Institutionen, die große Teile der Bevölkerung trotz aller Meinungsverschiedenheiten geeint haben. Sie sollen den Menschen nicht nur Orientierung und Stabilität bieten, sondern auch Räume für Austausch und Gemeinschaft schaffen. Doch diese Pfeiler unseres Zusammenlebens bröckeln. Sie verlieren massiv an Mitgliedern. Warum schaffen Kirche, Parteien, Vereine und Gewerkschaften es nicht mehr, Menschen für ihre Sachen zu begeistern? Und was bedeutet dieser sich an-

bahnende Bedeutungsverlust für uns als Gesellschaft? Braucht Deutschland wieder ein Projekt, das die Gesellschaft als Ganzes zusammenbringt, wie Politikwissenschaftler Herfried Münkler in seinem Kommentar auf Seite 3 beschreibt? Können und müssen wir künftig vielleicht ohne die großen, traditionellen Institutionen auskommen oder sollten wir alles daransetzen, sie zu revitalisieren? Und wie soll das gehen?

Die Zeit der Volkskirche ist vorbei

Eine Institution, die einen beispiellosen Bedeutungsverlust erleidet, ist die Kirche. Über Jahrhunderte hinweg spielte sie eine zentrale Rolle im Leben der Menschen. Als moralischer Kompass und ethische Instanz prägte sie nicht nur den individuellen Glauben, sondern war ein Ort der Gemeinschaft und der



ZUSAMMENHANG

Orientierung. Lange war es anders aber auch nicht möglich, denn: „Vor 1873 konnte in Deutschland die Kirchenmitgliedschaft genauso wenig abgelegt werden wie die Staatszugehörigkeit oder die allgemeine Steuerpflicht“, sagt Kirsten Fehrs, Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Gerade im 19. und 20. Jahrhundert gewannen weltliche und deutlich individuellere Weltanschauungen an Bedeutung und der Einfluss der Kirche auf das öffentliche Leben nahm ab und so auch die Zahl der Mitglieder. Neben einem immer vielfältigeren Freizeitangebot und sich verändernden Werten war Kirche nunmehr „ein Anbieter unter vielen“. Und sie ist es bis heute. Die Kirche schrumpft, kontinuierlich. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung hat sich zwischen 1956 und 2019 der Anteil der evangelischen Bevölkerung in Deutschland von 50,1 auf 24,9 Prozent halbiert. Der Anteil der katholischen Bevölkerung fiel von 45,9 auf 27,2 Prozent. Ende 2021 kam es schließlich zu einer historischen Zäsur: Erstmals waren nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung Mitglied entweder der römisch-katholischen Kirche oder der evangelischen Kirche in Deutschland. Und der Trend setzt sich fort.

Für Matthias Kopp, Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), ist klar: „Die Zeit der sogenannten „Volkskirche“ ist vorbei.“ Die Gesellschaft in Deutschland wird immer säkularer. Die „Kirche im Dorf“ ist schon längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Allein 2023 traten 440.000

Menschen aus der Kirche aus – Kopp zufolge unter anderem auch ein Ergebnis unzureichender Vergangenheitsbewältigung: „Wir haben als katholische Kirche in den vergangenen Jahren viel an Vertrauen und Glaubwürdigkeit verloren, was vor allem mit dem Umgang mit dem Thema sexueller Missbrauch zusammenhängt.“ Das zeigt auch eine

W I R S I N D E I N E R S T E L L E

Befragung des Meinungsforschungsinstituts forsa aus dem Jahr 2023 zum Vertrauen in die Institutionen, bei der die katholische Kirche nur zehn Prozent und die evangelische 28 Prozent erreichte.

Doch trotz Mitgliederverlust und Vertrauensproblemen spielt Kirche vor allem im Bereich der sozialen und karitativen Arbeit in unserer Gesellschaft eine große Rolle. „Ob KiTa, Hospiz, Pflegeheim, in all den Grenzsituationen, wo der Mensch auf Zuwendung und professionelle Hilfe angewiesen ist, ist Kirche und Diakonie attraktiv. Aber auch dort, wo Kirche Gemeinschaftsort ist“, sagt Fehrs. Gerade die sozialen Einrichtungen sind es, die die Kirchen immer noch so unverzichtbar machen. Allein die Diakonie Deutschland der Evangelischen Kirche gehört mit über 33.000 Angeboten und einer Kapazität von über einer Million Betten beziehungsweise Plätzen zu den größten Trägern von Einrichtungen für die Pflege, Betreuung und Begleitung von Menschen. Die Caritas, das römisch-katholische Pendant, betreibt über 25.000 Einrichtungen und Dienste.

Rund ein Drittel der Menschen hätte laut Befragungen der Evangelischen Kirche innerhalb von zwölf Monaten Kontakt zu irgendeiner kirchlichen Einrichtung, sagt Fehrs. Das zeige, „dass – obwohl Mitgliederzahlen natürlich wichtig sind, weil davon unter anderem auch die Finanzkraft und da-

GRAFIK: GETTYIMAGES/A-DIGIT; FOTOS: EK/DIENST SCHULZE, GERLIND KLEMENS

mit die Leistungsfähigkeit einer Organisation abhängt – diese gar nicht immer entscheidend für die soziale Reichweite einer Organisation sind.“ Die Leistungsfähigkeit der Kirche – und ihr Mehrwert für die Gesellschaft – sei nach wie vor hoch. „Und man darf nicht vergessen, dass davon viele Konfessionslose profitieren – verbunden mit steigenden Erwartungen bei ihnen: So etwa wünschen 78 Prozent der Konfessionslosen, dass die Kirche weiterhin Beratungsstellen für Menschen mit Lebensproblemen betreibt.“ Darin liegt aber auch ein Problem, das Mitgliederschwund bringt: „Wir werden eine kleinere und ärmere Kirche“, sagt Bischöfin Kirsten Fehrs. Das sei schmerzhaft und



»Die Leistungsfähigkeit der Kirche – und ihr Mehrwert – ist nach wie vor hoch.«

Bischöfin Kirsten Fehrs, Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland



»Der Ausbau unserer Demokratie ist zentral, um mit der populistischen Herausforderung umzugehen.«

Dr. Benjamin Höhne, Politikwissenschaftler an der TU Chemnitz

schränke Kapazitäten ein. „Mich treibt wirklich um, wie man trotz sinkender Mitgliederzahlen solche Angebote halten kann.“

Parteien fehlt der Nachwuchs

Auch der Mitgliederschwund bei den politischen Parteien hat gesellschaftliche Folgen. Sie sind das Bindeglied zwischen Volk und Staat. Sie wirken nach Artikel 21 Grundgesetz bei der politischen Willensbildung des Volkes mit und bündeln Interessen, formulieren politische Programme und stellen Kandidaten für Wahlen auf. Vor allem die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD, aber auch die FDP, prägen die politische Landschaft der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen maßgeblich. Nach Jahrzehnten fast unveränderter

Machtrochaden trat mit dem Bündnis 90/Die Grünen Anfang der 80er-Jahre ein neuer Akteur in den Ring. Die politische Szene wurde diverser, die Wählergruppen spezifischer. 2007 folgten die Linken, 2013 die Alternative für Deutschland. Heute ist das Polit-Parkett bunter denn je. Doch trotzdem verzeichnen fast alle Parteien einen kontinuierlichen Rückgang der Mitgliederzahlen. Dem Politikwissenschaftler Benjamin Höhne zufolge sei die Bindungskraft politischer Parteien gesunken. Und „gerade den Parteien, die Volksparteien sein wollen, fällt es zunehmend schwer, sich in die pluralisierende Gesellschaft zu integrieren“.

Nur 15 Prozent der Parteimitglieder sind jünger als 40 Jahre

Geht es nach dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Saarlandes und Bundesverfassungsrichter a. D. Peter Müller, existiert die klassische Volkspartei eigentlich schon gar nicht mehr. Das breite Parteienspektrum bildet eine immer ausdifferenziertere und segmentiertere Gesellschaft ab. Eigenständige Mehrheiten seien laut Müller nur noch regional und kommunal zu erreichen. Heute sind rund 1,1 Millionen Menschen Mitglied einer Partei. 1990 waren es noch mehr als doppelt so viele. Etwa die Hälfte der Mitglieder ist älter als 60 Jahre, lediglich 15 Prozent sind jünger als 40 Jahre.

Der Mitgliederschwund hat tiefgreifende Folgen. Das konstatiert auch Peter Müller: „Parteien sind teilweise nicht mehr in der Lage, eine ausreichende Zahl an Kandidaten für Ämter und Mandate zu akquirieren – insbesondere im kommunalen Bereich.“ Das hat Auswirkungen auf die politische Stabilität in Deutschland. Denn überall dort, wo Repräsentationslücken entstehen, steige laut Müller die Politikverdrossenheit. Ein Umstand, der vor allem denen in die Hände spielt, die mit vermeintlich einfachen Antworten auf komplexe Fragen auf Stimmenfang gehen. Wenig überraschend, aber dafür umso tiefgreifender ist auch die aktuelle Vertrauenslage. Laut dem Institutionen-Vertrauensranking 2023 von forsa liegt der Wert zum Vertrauen in die Bundesregierung derzeit bei historisch niedrigen 21 Prozent in der deutschen Gesamtbevölkerung. Politische Parteien kommen sogar auf nur 13 Prozent.

Ihnen fehle es laut Peter Müller an „Konsequenz bei der Verfolgung der eigenen Ziele“ – für ihn ein Hauptgrund der Bedeutungsabnahme politischer Parteien. Dem gegenüber stehe die in Teilen überzogene Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Umsetzung eigener Interessen. Außerdem seien, so Müller, immer weniger Menschen bereit, sich dauerhaft an eine bestimmte politische Partei zu binden.



»Gemeinwohlorientierte Lösungen müssen Vorrang haben vor der Verfolgung parteipolitischer Egoismen.«

Peter Müller, ehemaliger Ministerpräsident des Saarlandes



»Es muss wieder zum guten Ton gehören, tarifgebunden zu sein.«

Dr. Hagen Lesch, Institut der deutschen Wirtschaft

Mitgliederschwund wirkt sich auf Tarifbindung aus

In Deutschland gilt nach Artikel 9, Absatz 3 Grundgesetz Tarifautonomie: Arbeitgeber und ihre Verbände sowie Gewerkschaften legen die Arbeitsbedingungen autonom fest. Das ist eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft, die lange Zeit maßgeblich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft und zum sozialen Frieden beitrug. Doch das traditionelle System scheint zu bröckeln, wenn Mitgliedszahlen und damit die Tarifbindung immer weiter zurückgeht. Denn vor allem die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund haben seit der Wiedervereinigung mehr als Hälfte ihrer Mitglieder verloren.

Statt 10 Millionen Menschen im Jahr 1990 sind heute mit rund 5,7 Millionen Menschen (davon ca. 1,3 Millionen im Ruhestand) nur noch etwa 17 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Hagen Lesch vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) sieht die Mitgliederverluste bei Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden mit Sorge: „Sie ermuntern den Staat dazu, die Tarifbindung durch politische Maßnahmen zu stärken. Und wo die Tarifvertragsparteien gar keine autonomen Regelungen mehr treffen, tritt der Staat als Ersatztarifpartei in die Arena.“

Die Gründe für die fallenden Mitgliederzahlen sind vielfältig. „Hinzu kommt“, sagt Hagen Lesch, „dass viele Jüngere glauben, sich selbst



effektiv vertreten zu können und die Arbeitsbedingungen in der Regel auch als gut betrachten. Wer unzufrieden ist, kann einfach die Stelle wechseln.“ Denn wir befinden uns in einem Arbeitnehmer-Arbeitsmarkt. Der Arbeitnehmer ist König. In Zeiten von Fachkräftemangel ist er es, der umworben wird.

Wenn Arbeitnehmer immer weniger bereit sind, einer Gewerkschaft beizutreten, ziehen sich Unternehmen ebenfalls aus der Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden zurück. Tarifbindung besteht aber nur dort, wo Arbeitnehmer und Unternehmen Mitglied einer Tarifvertragspartei sind oder der Arbeitgeber den Tarifvertrag selbst abschließt.

Vereine als Stütze der Gesellschaft

Ob Sport-, Kultur-, Sozialvereine oder Interessenverbände – auch das ehrenamtliche Engagement hat in Deutschland eine lange Tradition und ist fest im gesellschaftlichen Gefüge verankert. Über 600.000 Vereine und Verbände waren 2022 in Deutschland offiziell eingetragen, mit über 50 Millionen Mitgliedschaften. Trotz dieser immer noch beeindruckenden Zahl ist jedoch festzustellen, dass innerhalb eines Jahrzehnts knapp 16.000 Vereine aufgelöst und aus dem Vereinsregister gelöscht wurden.

Besonders spürbar ist das im ländlichen Raum. Fast jeder vierte Verein verzeichnet hier Rückgänge bei den Engagiertenzahlen. Dabei ist dieses Engagement so wichtig. Ehrenamtliche Helfer erledigen viel der Arbeit, die sonst keiner machen will, oft auch weil dafür das Geld im Haushalt fehlt und Kommune und Staat sich zurückziehen. Ob Bürgerbusse, Einkaufshilfen für Senioren, genossenschaftlich getragene Dorfläden, Jugendarbeit oder freiwillige Feuerwehren – Vereine organisieren



»Viele Menschen würdigen den Einsatz, den unsere Feuerwehrangehörigen für die Allgemeinheit leisten.«

Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes



»Der Erfolg von Freikirchen zeigt, dass junge Menschen für deren Botschaften durchaus empfänglich sind.«

Simon Schnetzer, Jugendforscher



ren gesellschaftlichen Zusammenhalt und sind so eine zentrale Stütze des sozialen Lebens. Vor allem im ländlichen Raum gilt: Vereine und Ehrenamt sind Lebensadern, die alles zusammenhalten.

Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, schaut jedoch positiv auf die Entwicklung der vergangenen Jahre, denn die Mitgliederzahlen seien bei der Feuerwehr wieder leicht gestiegen: „Derzeit sind 1.014.155 Personen hier ehrenamtlich aktiv. 2015 lagen wir bei 996.688 aktiven Mitgliedern.“ Banse betont: „Viele Menschen würdigen den Einsatz, den unsere Feuerwehrangehörigen für die Allgemeinheit leisten.“

Institutionen als Rückgrat der Gesellschaft

Eines ist klar: Die althergebrachten Institutionen in Deutschland sind mehr als nur organisatorische Strukturen. Sie spielen eine wesentliche Rolle für den sozialen Zusammenhalt – immer noch. Denn das große Plus der Institutionen ist: Sie setzen Rahmen und sorgen dafür, dass Neuerungen für möglichst viele gelten und die Gesellschaft so als Ganzes vorankommt. Sie vermitteln und vertreten Werte, auf die sich viele einigen können. Sie sorgen für Konsens. Die integrierende Wirkung von Institutionen stabilisiert die Gesellschaft und prägt das deutsche politische System. Werden die Institutionen schwächer oder fallen sie in ihren Funktionen sogar aus, ohne durch Neues adäquat ersetzt zu werden, verändert das Gesellschaft und Politik. Kirchen, Parteien, Vereine oder Gewerkschaften ohne oder mit immer weniger Mitgliedern werden ihre Funktionen nicht dauerhaft erfüllen können. Was bedeutet das langfristig, zum Beispiel für unsere Demokratie, den Parlamentarismus und speziell das Parteienprivileg des Artikels 21 Grundgesetz oder die Tarifautonomie (Artikel 9, Absatz 3 Grundgesetz)? Trotz aller althergebrachter und wohlfeiler Institutionenkritik

gilt: Die Institutionen sind Garanten für den Zusammenhalt, die Gemeinschaft und das Fortkommen des Landes.

Herfried Münkler beschreibt in seinem Kommentar auf Seite 3 mit Bezug auf Tönnies, Begründer der Soziologie in Deutschland, es brauche Narrative, die die ganze Gesellschaft erfassen. Das können die Rückgewinnung von technologischen Spitzenpositionen oder ökonomische Erfolge sein, die die ganze Gesellschaft mitnehmen. Bezogen auf die Institutionen heißt das: Sind die Institutionen etwas, das die Gesellschaft formt, brauchen sie einerseits ein gemeinschaftliches Wir-Gefühl, tragen aber auch einen großen Teil dazu bei, dass es entsteht. Und diese Elemente des Gemeinschaftlichen braucht es, um Gesellschaften dauerhaft zusammenzuhalten. Die Institutionen zu revitalisieren ist deshalb kein reiner Selbstzweck.

Revitalisierung durch Attraktivität

Doch wie kann diese Revitalisierung aussehen? Für Benjamin Höhne ist mit Blick auf die Parteien mehr direkte Demokratie nötig. „Sie sollten ihre Entscheidungsverfahren öffnen und ihre Repräsentation diversifizieren: also bei der Kandidierendenaufstellung auch Nichtmitglieder einbeziehen und auf ihren Listen für mehr Vielfalt sorgen, dabei auch mal experimentieren.“ Ein Beispiel für diese experimentelle Demokratisierung sieht er in den innerparteilichen Veränderungen bei der Wahl der Bundesvorsitzenden in CDU und SPD seit 2017. Diese hat er untersucht und festgestellt, dass die Parteien dabei seit einigen Jahren verstärkt auf partizipative Mitgliederbe- ▶



fragungen und deliberative Regionalkonferenzen setzten. Außerdem seien meist mehrere Kandidaten im Rennen gewesen. „Der Ausbau unserer Demokratie ist zentral, um mit der populistischen Herausforderung umzugehen. Es braucht mehr Bürger:innenräte, mehr direkte Demokratie“, so Höhne. Hinzu kommt: „Vor allem die Informationsfunktion der Parteien findet in den Sozialen Medien statt.“

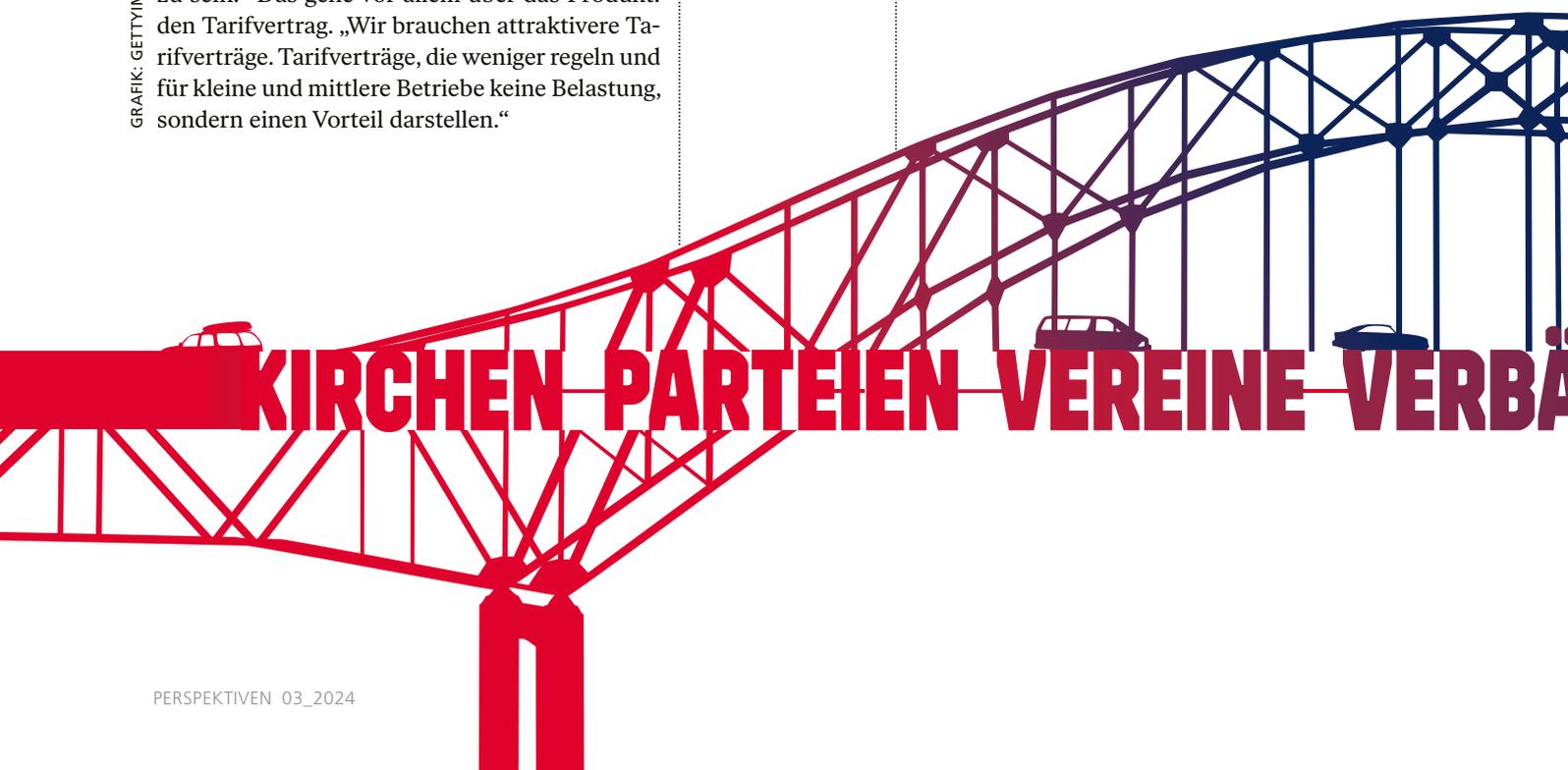
In einem Plädoyer für die Öffnung der Parteien spricht sich Höhne gemeinsam mit Philip Husemann und Christoph Seils zudem für weniger Elitentum im Politikbetrieb aus: „Fast 90 Prozent der Parlamentarier sind akademisch geprägt und stammen aus ähnlichen sozioökonomischen Milieus. Nur etwa jeder zehnte Bundestagsabgeordnete hat einen Migrationshintergrund.“

All dies befördert die Elitenverachtung und den Vorwurf des Populismus, die Politik sei abgehoben. Die Parteien sollten sich öffnen.“ Peter Müller ruft überdies zu mehr Empathie auf: „Die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger müssen offen angesprochen werden können, ohne sich dadurch gleich dem Vorwurf des Radikalismus auszusetzen.“ Worte und Taten müssten zusammenpassen. „Das Wecken nicht erfüllbarer Erwartungen ist zu unterlassen. Konkrete, gemeinwohlorientierte Lösungen müssen Vorrang haben vor der Verfolgung parteipolitischer oder persönlicher Egoismen. Der Konsens der Demokraten muss deutlicher werden. Persönliche Glaubwürdigkeit ist unverzichtbar.“

In Sachen Gewerkschaften hält es Hagen Lesch für nötig, an der Bereitschaft der Betriebe, Tarifverträge anzuwenden, anzusetzen. „Es muss wieder zum guten Ton gehören, tarifgebunden zu sein.“ Das gehe vor allem über das Produkt: den Tarifvertrag. „Wir brauchen attraktivere Tarifverträge. Tarifverträge, die weniger regeln und für kleine und mittlere Betriebe keine Belastung, sondern einen Vorteil darstellen.“

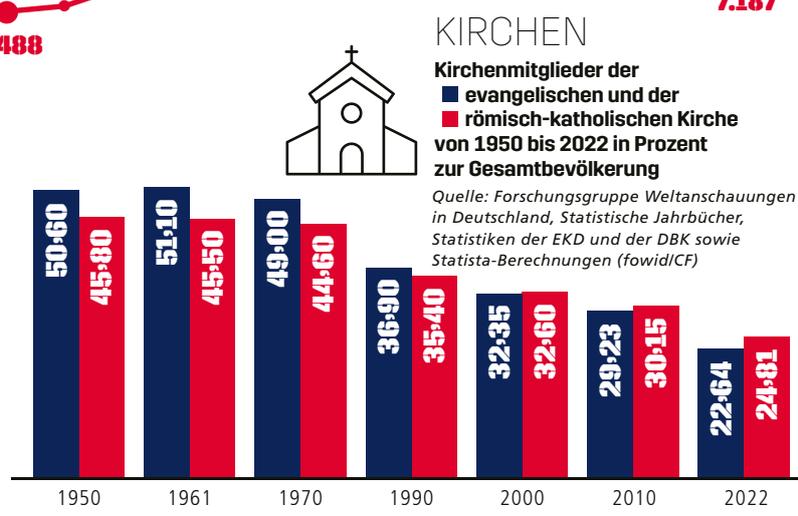
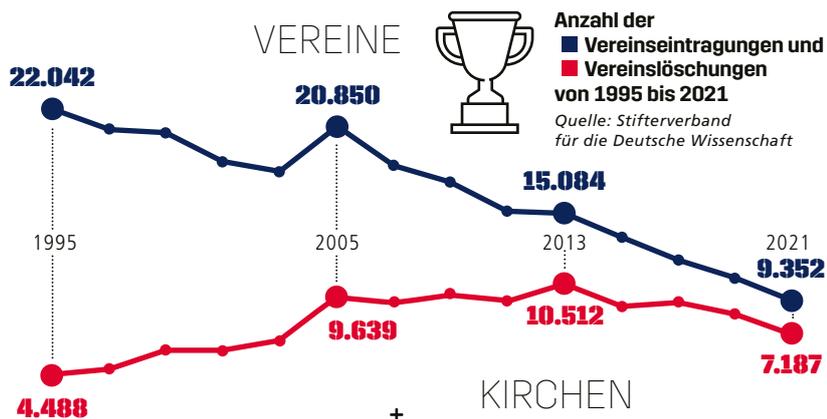
Bei den Kirchen hat Jugendforscher Simon Schnetzer Hoffnung: „Der große Erfolg von Freikirchen zeigt, dass es nicht ‚die christliche Kirche‘ gibt und junge Menschen für deren Botschaften und die Gemeinschaft durchaus empfänglich sind.“ Das weiß auch EKD-Ratsvorsitzende Bischöfin Kirsten Fehrs: „Eine Reihe von Studien belegt, dass die meisten Kirchenglieder biographisch in den 20er-Jahren auftreten. Es ist also vor allem die Gruppe der 18- bis 27-Jährigen, die mehr in den Blick genommen werden muss.“ Hier gelte es, zu investieren, statt sich zurückzuziehen. „Es lohnt sich jede Kreativität, die uns als Kirchen auf neue Wege führt.“ Es braucht Authentizität, die Aufarbeitung von Skandalen und verantwortungsvolle Politik durch integrere Politiker. Und auch Vereine und das Ehrenamt können sich durch mehr Offenheit und den Abbau bürokratischer Hürden einen Weg in die Zukunft bauen. Der Feuerwehrverband beispielsweise strebe mehr Offenheit und Transparenz an, sagt Verbandspräsident Banse: „Der Deutsche Feuerwehrverband befasst sich seit mehreren Jahrzehnten mit der Integration von Menschen aus bislang unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen in die Feuerwehren – etwa Frauen oder Personen mit Migrationsgeschichte.“

So unterschiedlich die Historie und Aufgaben der Institutionen auch sind: Sie stehen nun vor ähnlichen Aufgaben. Es gilt, attraktiver zu werden – gerade für Jüngere – und diese Attraktivität auch entsprechend zu vermarkten. Dafür braucht es Offenheit für neue Wege. Doch es lohnt sich: für die Gesellschaft und das gemeinschaftliche Wir-Gefühl. P



KIRCHEN PARTEIEN VEREINE VERBÄ

Massiver Mitgliederschwund betrifft alle Institutionen



ÄHNDE EHRENAMT GEWERKSCHAFTEN



» Deutschland befindet sich noch nicht im Krieg, tatsächlich aber auch schon lange nicht mehr im Frieden, weil wir jeden Tag bedroht und angegriffen werden.«

André Bodemann,
über die Bedrohungslage für Deutschland

»Freiheit und Demokratie gibt es nicht zum Nulltarif«

Unternehmen müssen stärkere Anstrengungen als bisher zum Schutz vor Desinformation, Cyberattacken, Sabotage und Spionage aufbauen: Generalleutnant **ANDRÉ BODEMANN**, Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, fordert auch, Reservisten für den Dienst im Heimatschutz freizustellen.

Herr General, leben wir noch im Frieden? Oder erleben wir schon den Krieg?

André Bodemann: Deutschland befindet sich noch nicht im Krieg, tatsächlich aber auch schon lange nicht mehr im Frieden, weil wir jeden Tag bedroht oder auch angegriffen werden. Und zwar vor allem im hybriden Bereich. Hybride Bedrohungen bereiten uns am meisten Sorgen.

Können Sie für diese Bedrohungen Beispiele nennen?

Bodemann: Ich sehe derzeit vor allem vier Bedrohungen. Zunächst Fake News und Desinformation. Das ist insbesondere in sozialen Netzwerken sehr auffällig und anfällig. Dort kann man mit künstlicher Intelligenz, mit Deep Fake, eine ganze Menge Dinge tun. Beispielsweise auf TikTok oder YouTube können die Menschen gar nicht erkennen, ob diejenige Person, die dort etwas sagt, das tatsächlich so gesagt hat und das auch wahr ist. Da wird einiges an Falschinformationen gebracht, um gerade junge Menschen und deren Meinungen zu beeinflussen.

Wo sind Unternehmen betroffen?

Bodemann: Der zweite Teil ist der Bereich Cyber. Cyberangriffe werden fast täglich auf Großunternehmen verübt. Betroffen sind auch die Bundesregierung und die Bundeswehr selbst. Dort haben wir eine ganze Menge an Angriffen. Und bei diesen beiden Bedrohungen, Fake News und Desinformation sowie Cyberattacken, ist es so, dass wir recht schwer erkennen können, wer uns da eigentlich angreift.

Wir erleben aber auch das Interesse fremder Mächte an Kasernen oder auf Übungsplätzen.

Bodemann: Der dritte Bereich ist Ausspähung. Von klassischer Spionage bis hin zur Ausspäh-

Vita

Generalleutnant **André Bodemann** (59) ist seit 2023 Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, zuständig für die Führung und Koordination aller Aufgaben der Bundeswehr im Inland. Der Drei-Sterne-General gilt als „Architekt“ des neuen Operationsplans Deutschland („OPLAN DEU“), der den Einsatz der Bundeswehr in Frieden, Krise und Krieg und damit die Bandbreite von Heimatschutz bis zur nationalen territorialen Verteidigung abbildet.

hung durch fremde Nachrichtendienste. Das stellen wir momentan insbesondere bei der Ausbildung der ukrainischen Soldatinnen und Soldaten fest. Aber wir haben auch ganz klare Bewegungen von russischen Spionageschiffen in der Ostsee, die für eine Passage eigentlich nur zehn Tage bräuchten, sich aber tatsächlich über 300 Tage in der Ostsee bewegen. Und wenn Sie das mal unterlegen mit der kritischen Infrastruktur der Ostsee, können Sie genau sagen, wo sich dieses Schiff wie lange wo aufgehalten hat. Und dann fragt man sich, zu welchem Zweck. Und das ist für mich eindeutig: Man will herausfinden, wie man dort diese kritischen Netze bedrohen beziehungsweise schädigen kann. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Und wir erinnern uns an die Anschläge auf das Bahnnetz.

Bodemann: Der vierte Bereich findet zum Glück nicht täglich statt, aber immer häufiger: der Bereich von Sabotage. Das beginnt mit Sabotage am Netz und an den Strecken der Deutschen Bahn, wo man nicht immer davon ausgehen muss, dass unbedingt Russland dahintersteckt.

Können Sie Beispiele für Sabotage nennen?

Bodemann: Weitere Beispiel sind Nord Stream 2 oder die Bohrungen an den LNG-Rohren. Und wir haben Sprengstofffunde in der Nähe von US-Liegenschaften und der NATO-Pipeline. Denken Sie auch an die Festnahme von Menschen in Bayern, die mutmaßlich im Auftrag Russlands Sabotageakte verüben sollten.

Über welche Zahl sprechen Sie, wie viele Attacken registrieren Sie?

Bodemann: Die Zahl der Angriffe steigt zunehmend. Die Attribuierung, also eindeutige Zuordnung, wer dahintersteckt, ist ja sehr, sehr ▶

»Mein großer Wunsch ist, dass die Unternehmen, Reservistinnen und Reservisten auch freiwillig für Übungen abstellen.«

André Bodemann, über die Rolle von Unternehmen im Operationsplan Deutschland

schwierig. Aber unabhängig von einer solchen Attribuierung haben wir die Effekte und gegen diese müssen wir uns schützen.

Wie ist die Perspektive?

Bodemann: Das sind diese vier großen Bereiche, die sich natürlich in Krise und Krieg verstärken und uns bedrohen würden. Und das ist nicht etwas, auf das wir warten, sondern das ist alltäglich. Jetzt, hier und heute, jeden Tag.

DIE ROLLE DER UNTERNEHMEN

Was erwarten Sie von Unternehmen angesichts dieser Bedrohungen?

Bodemann: Unternehmen erleben natürlich Bedrohungen und Angriffe, wie zum Beispiel in Cyberattacken. Das Bewusstsein ist mittlerweile angekommen, dass weder die Bundeswehr noch die Polizei in der Lage sein werden, in einer solchen krisenhaften Situation überall und vollumfänglich Schutz sicherzustellen. Hier sind – und das kostet eben Geld – die Unternehmen gehalten, sich selbst in einem gewissen Maße für Schutz und Sicherung und damit resilienter aufzustellen.

Welche konkreten Maßnahmen erwarten Sie von den Unternehmen?

Bodemann: Es muss jetzt schon viel mehr Engagement im Bereich des Schutzes gegen Cyberangriffe, gegen Ausspähungen eingebracht werden. Denn die Unternehmen spielen eine wichtige Rolle im Operationsplan. Wenn es zu einer solchen Situation kommt, muss das Leben in Deutschland ja weitergehen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen weiterhin versorgt werden, wir brauchen Energie, wir benötigen einen Markt, die Bevölkerung muss weiter auch in Lohn und Brot gehalten werden. Das ist eine große Belastung. So sehr ich natürlich verstehe, dass diese Maßnahmen Geld kosten: Wir müssen uns im Klaren sein, dass wir diese Bedrohung jetzt schon haben. Und dass diese Bedrohung immer weiter zunehmen wird.

Unternehmen sind aber schon hoch belastet. Sollen sie weitere Belastungen stemmen?

Bodemann: Ich weiß, dass der Operationsplan und speziell die Freistellung von Reservistinnen und Reservisten gerade für mittelständische Unternehmen sicherlich eine Belastung sein wird. Aber: Freiheit und Demokratie gibt es nicht zum Nulltarif. Das ist der Preis, den die Unternehmen – wie auch die gesamte Gesellschaft – leisten müssen.

UNTERNEHMEN UND RESERVISTEN

Im Operationsplan Deutschland spielen Reservisten eine tragende Rolle. Was erwarten Sie von Unternehmen, beispielsweise in der Metall- und Elektro-Industrie, in der Unterstützung des Heimatschutzes und der Reservisten?

Bodemann: Der Heimatschutz spielt, und wir werden darüber noch sprechen, eine besondere Rolle. Mein großer Wunsch ist, dass die Unternehmen selbst, ohne dass sie verpflichtet werden, die Menschen, die sich für den Dienst bei der Bundeswehr als Reservistinnen und Reservisten entscheiden, auch für Übungen abstellen: Damit wir sie so ausbilden können, dass sie in einem Ernstfall zum Einsatz kommen könnten.

Lassen Sie uns auf die Reservisten schauen, die den Heimatschutz übernehmen. Erwägen Sie gesetzliche Neuregelungen?

Bodemann: Es geht um die Frage der verbindlichen Einberufung von Reservistinnen und Reservisten. Momentan wollen wir das nicht. Wir hoffen wirklich sehr auf die Unterstützung aus dem Bereich von Industrie, Handwerk und Handel, auf freiwilliger Basis Reservisten freizustellen. Aber in Krise und Krieg, wenn der Operationsplan Deutschland greift, müssen wir uns darauf verlassen, dass diese auch ihren Dienst antreten.

DER OPERATIONSPLAN DEUTSCHLAND

Um den eingangs genannten Bedrohungen zu begegnen, haben Sie den Operationsplan Deutschland erarbeitet. Was kann der Plan leisten?

Bodemann: Der Operationsplan ist eine Ableitung aus der veränderten sicherheitspolitischen Lage, die sich insbesondere mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ergeben hat, aber tatsächlich schon aus den Jahren vorher absehbar war.

Die eingangs genannten Bedrohungsszenarien sind auch ziviler Natur. Warum beschäftigt sich die Bundeswehr mit diesen Fragen?

Bodemann: Uns beschäftigt das Thema Gesamtverteidigung. Wir müssen uns, angesichts der gesamten Bedrohungen, zusätzlich in Verbindung mit Naturkatastrophen und weiteren Gefahren, auf eine veränderte Lage einstellen. Der große Anteil Zivilverteidigung liegt in der Verantwortung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat. Und für den militärischen Anteil von Gesamtverteidigung ist das Bundesministerium der Verteidigung zuständig. Es stellen sich die Fragen: Wie viele Kräfte, welche Bundeswehr brauchen wir, um uns gegen diese Bedrohung zu schützen, am Ende gegen einen Angriff zu schützen und die sogenannte Drehscheibe Deutschland für den Aufmarsch der alliierten Kräfte sicherzustellen. Und das Ganze fließt ein in den Operationsplan Deutschland, der ein ganz konkreter Plan ist, wer, wann, was, wo und wozu tut.

Ist der Operationsplan Deutschland fertig? Oder wird er weiterentwickelt?

Bodemann: Der Plan ist in seiner ersten Iteration fertig, aber wir vertiefen den natürlich jetzt. Wir konkretisieren den Plan immer weiter. Deswegen sprechen wir auch künftig mit den Kommunen – auf Ebene unterhalb der Bundesländer – und verstärkt mit



vielen Unternehmen. Weiterhin sind unsere Ansprechstellen die Innenministerien der Länder, die Behörden sowie Organisationen mit und ohne polizeiliche Aufgaben, die sogenannten Blaublichtorganisationen.

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS IN DER NATO

Welche Rolle spielen die Bündnisverpflichtungen im Operationsplan Deutschland?

Bodemann: Deutschland liegt geostrategisch dort, wo wir eben liegen – in der Mitte Europas. Die Masse aller alliierten Aufmarschbewegungen findet über oder durch Deutschland statt. Das ist der eine und ganz wesentliche Pfeiler für mich: der Abholpunkt der NATO-Verteidigungspläne, in denen Deutschland eine besondere Rolle einnimmt. Deutschland ist die sogenannte Drehscheibe.

Wie sehen diese Pläne aus?

Bodemann: Die NATO-Verteidigungspläne sind zur Abschreckung ausgelegt. Ein Beispiel: Wenn es zu einer Situation an der NATO-Ostflanke kommt, dass Russland ein großes Manöver abhält, das zumindest das Potenzial hat, das NATO-Bündnisgebiet anzugreifen, dann wird die NATO reagieren. Sie wird eigene Kräfte zur Abschreckung an die NATO-Ostflanke verlegen, damit es erst gar nicht zu einem Krieg kommt.

Welche Rolle fiele Deutschland dann zu?

Bodemann: Als Drehscheibe Deutschland müssen wir alle Aufmarschwege der alliierten Partner durch Deutschland sicherstellen: Sei es mit Bahnverladungen, sei es mit Transporten auf der Autobahn oder auf Landstraßen, sei es mit Binnenschifffahrt oder sei es, dass Personal und Material über Luftbewegungen an deutschen Flughäfen weitertransportiert wird. Oder sei es an großen Seehäfen, die eine besondere Rolle spielen: Wenn man Roll-on-Roll-off-Schiffe hat, mit denen Ma- ▶



terial angelandet wird. Personal wird zugeführt, beides wird verbunden und es geht im Landmarsch weiter.

Können Sie konkret beschreiben, wie die Drehscheibe Deutschland funktionieren müsste?

Bodemann: Falls die NATO sich entscheidet, große Kräfte zur Abschreckung an die NATO-Ostflanke zu verlegen, dann mag das etwa in den Niederlanden beginnen: dort, wo die Kräfte anlanden und durch die Niederlande marschieren. Dann kommen sie an die deutsche Grenze, wo wir sie übernehmen. Anschließend durchqueren sie auf den verschiedensten Wegen Deutschland, und wir übergeben sie irgendwann an Polen, bis sie dann in Litauen oder wo auch immer an der NATO-Ostflanke sind. Und das mit den verschiedensten Verkehrsträgern.

Wo sieht der Normalverbraucher diese Truppen?

Bodemann: Wenn sich beispielsweise ein Konvoi auf dem Landmarsch bewegt, dann muss er irgendwann eine Rast einlegen, an einem sogenannten Convoy Support Center. Dort braucht er Betriebsstoff, muss also Kraftstoff auffüllen. Dort braucht er Verpflegung, dort braucht er Frischwasser, dort braucht er vielleicht auch sanitätsdienstliche Versorgung, weil sich Menschen verletzt haben, denen es nicht gut geht.

Reden wir über Tage? Jahre?

Bodemann: Das kann über Wochen oder Monate sein. Und die Kräfte müs-

Zum Exklusivinterview trafen sich Generalleutnant **André Bodemann** (links) und Militärexperte und Journalist **Ludger Möllers** in der Kaserne.

sen ja in jeder Hinsicht versorgt und geschützt werden, weil die Bedrohungen fortwährend sind und wahrscheinlich in diesem Fall auch noch zunehmen werden: um diese Marschbewegungen zu sabotieren.

Wie kann der erwähnte „Otto Normalverbraucher“ sich auf Truppenbewegungen einstellen?

Bodemann: Es wird viel mehr Militärverkehr als heute auf den Autobahnen und Straßen geben mit Lärmbelastigungen und gegebenenfalls Staus durch große Militärtransporte auch in der Nacht. Vielleicht passieren auch Unfälle. Und das nicht nur im Falle eines großen russischen Manövers an der NATO-Ostflanke. Sondern wir müssen die Aufgaben, die der Operationsplan Deutschland abbildet, am Ende auch üben und beüben. Das bedeutet: Wir werden in künftigen Jahren viel mehr Truppenbewegungen auf deutschen Straßen sehen als noch in der Vergangenheit.

Mit welcher Reaktion seitens Russlands rechnen Sie?

Bodemann: Falls der Fall eintritt, dass wir den Operationsplan Deutschland aktivieren müssen, wird natürlich Russland alles versuchen, diese Aufmarschbewegungen der NATO zu

hemmen oder vielleicht sogar zu verhindern. Mit all den gerade genannten hybriden Bedrohungen.

Nun ist der Operationsplan Deutschland darauf ausgelegt, dass die Bundeswehr mit den zivilen Organisationen zusammenarbeitet und auch den Heimatschutz stärkt. Können Sie ein Beispiel für die Zusammenarbeit mit den „Blaulichtorganisationen“ nennen?

Bodemann: Für den erwähnten amerikanischen Konvoi, der am Convoy Support Center Pause macht, wird die Betriebsstoffversorgung dann gegebenenfalls nicht durch einen Betriebsstoff-Lkw der Bundeswehr sichergestellt, sondern durch einen Betriebsstoff-Lkw eines namhaften Betriebsstoffunternehmens. Mit dem Unternehmen hat man vorher einen Vorhaltevertrag abgeschlossen. Die sanitätsdienstliche Versorgung sehen wir bei den Blaulichtorganisationen: Sie wird nicht geliefert durch die Sanität der Bundeswehr, sondern durch die Johanniter, durch das Rote Kreuz oder durch die Malteser. Und wenn es um die Verpflegung geht, dann steht vielleicht dort ein Küchentrupp des Technischen Hilfswerks oder eines zivilen Caterers und nicht der Bundeswehr. Denn die Kräfte der Bundeswehr, die all das können, werden dann im Schwerpunkt an der NATO-Ostflanke im Einsatz sein.

Und wo wird der Heimatschutz benötigt?

»Von Deutschland wird erwartet, dass wir an der NATO-Ostflanke mit großen Kräften unsere alliierten Partner unterstützen.«

André Bodemann, über die internationale Rolle Deutschlands

Bodemann: Deutschland ist nicht nur Transit-Nation, sondern auch eine Nation, von der erwartet wird, dass wir an der NATO-Ostflanke mit großen Kräften tatsächlich unsere alliierten Partner unterstützen, so wie wir selber im Kalten Krieg unterstützt worden sind. Das bedeutet für uns: wenig aktive Truppe der Bundeswehr zur Verfügung zu haben, um den Operationsplan Deutschland tatsächlich umzusetzen. Deswegen setzen wir ganz stark auf die Reserve, ganz stark auf den Heimatschutz. Neben dem logistischen Teil des Operationsplans Deutschland geht es ja um den Schutz und die Sicherung von insbesondere verteidigungswichtiger Infrastruktur oder kritischer Infrastruktur.

Derzeit sind 42 Heimaschutz-Kompanien geplant, später sollen es 60 werden, mit 7.000 Soldaten und Soldatinnen. Bleibt es dabei?

Bodemann: Wie viele Regimenter und Kompanien es am Ende werden, ist noch nicht beziffert. Aber es sind nach meiner Überzeugung deutlich mehr als sechs Regimenter erforderlich. Rechnen Sie bei der Personenzahl mit einem mittleren bis hohen fünfstelligen Bereich.

Was erwarten Sie von den Reservisten im Heimatschutz?

Bodemann: Falls es zu einer Krisenlage kommt und ich die Heimatschutzkräfte brauche, um beispielweise den Hafen Rostock schon unterhalb eines Spannungs- und Verteidigungsfalles für die Verlegung von aktiven Kräften zu sichern, dann muss ich natürlich damit rechnen können, dass die Menschen auch kommen. Ich will nicht nur eine Abfrage machen und am Ende kommen 30 Prozent auf freiwilliger Basis.

Ergibt sich aus dem verstärkten Heimatschutz ein Ansatz, auch gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken?

Bodemann: Ich sehe am Beispiel des

Heimatschutzes, dass es dort ein größeres Interesse gibt, sich in der Bundeswehr als Reservistin oder Reservist zu engagieren als noch in den letzten Jahren. Als Ableitung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, als Ableitung der neuen sicherheitspolitischen Lage. Das sagen mir die Menschen, mit denen ich dort gesprochen habe.

WEHRPFLICHT-DEBATTE

Minister Pistorius hat eine neue Debatte um eine neue Form der Wehrpflicht angestoßen. Ist diese Debatte notwendig?

Bodemann: Das durch den Minister vorgeschlagene Wehrdienstmodell ist nach meinem Verständnis dafür gedacht, die Bundeswehr aufwuchs- und durchhaltefähig zu gestalten. Das heißt: Wir generieren damit Reservistinnen und Reservisten, die in der Lage sind, unser Land zum Beispiel im Heimatschutz zu verteidigen und die Aufgaben als Ergänzung der aktiven Truppe oder aber auch in Deutschland im Heimatschutz sicherzustellen. Wir müssen sie jetzt gewinnen, wir müssen sie jetzt ausbilden, wir müssen sie an die Tätigkeiten heranzuführen.

DER WUNSCH DES GENERALS

Zum Schluss eine persönliche Frage: Wenn Sie aus einem neuen Sondervermögen einen Wunsch frei hätten und ein Projekt finanzieren könnten: Welches Projekt wäre das?

Bodemann: Weil wir nicht mehr Frontstaat sind, sehe ich ganz persönlich vor allen Dingen für Deutschland die Bedrohung aus der Luft: Das heißt, wir brauchen mehr Raketenabwehr, also Missile Defense und Drohnenabwehr. Das sind für mich die beiden Kernfähigkeiten zum Schutz unseres Landes, für die ich gerne noch ein paar Euro mehr hätte. P

Das Gespräch moderierte
Ludger Möllers

DIHK

Melnikov folgt auf Wansleben

Helena Melnikov wird zum 1. Januar 2025 neue Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) mit Sitz in Berlin. Die Vollversammlung der DIHK wählte die 42-jährige promovierte Volljuristin am 13. Juni zur Nachfolgerin von Martin Wansleben, der Ende 2024 nach 23 Jahren in Ruhestand gehen wird. Aktuell arbeitet Melnikov als Hauptgeschäftsführerin beim Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) mit Zentralsitz in Eschborn, wo sie seit 2021 auch dem Vorstand angehört. Davor war sie zwischen 2014 und 2021 Hauptgeschäftsführerin des Waren-Vereins der Hamburger Börse. Als Abteilungsleiterin Recht und Wettbewerb beim Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) war sie zuvor bereits drei Jahre an der direkten Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik in Berlin tätig.



Gesamtmetall

Herzlichen Glückwunsch!

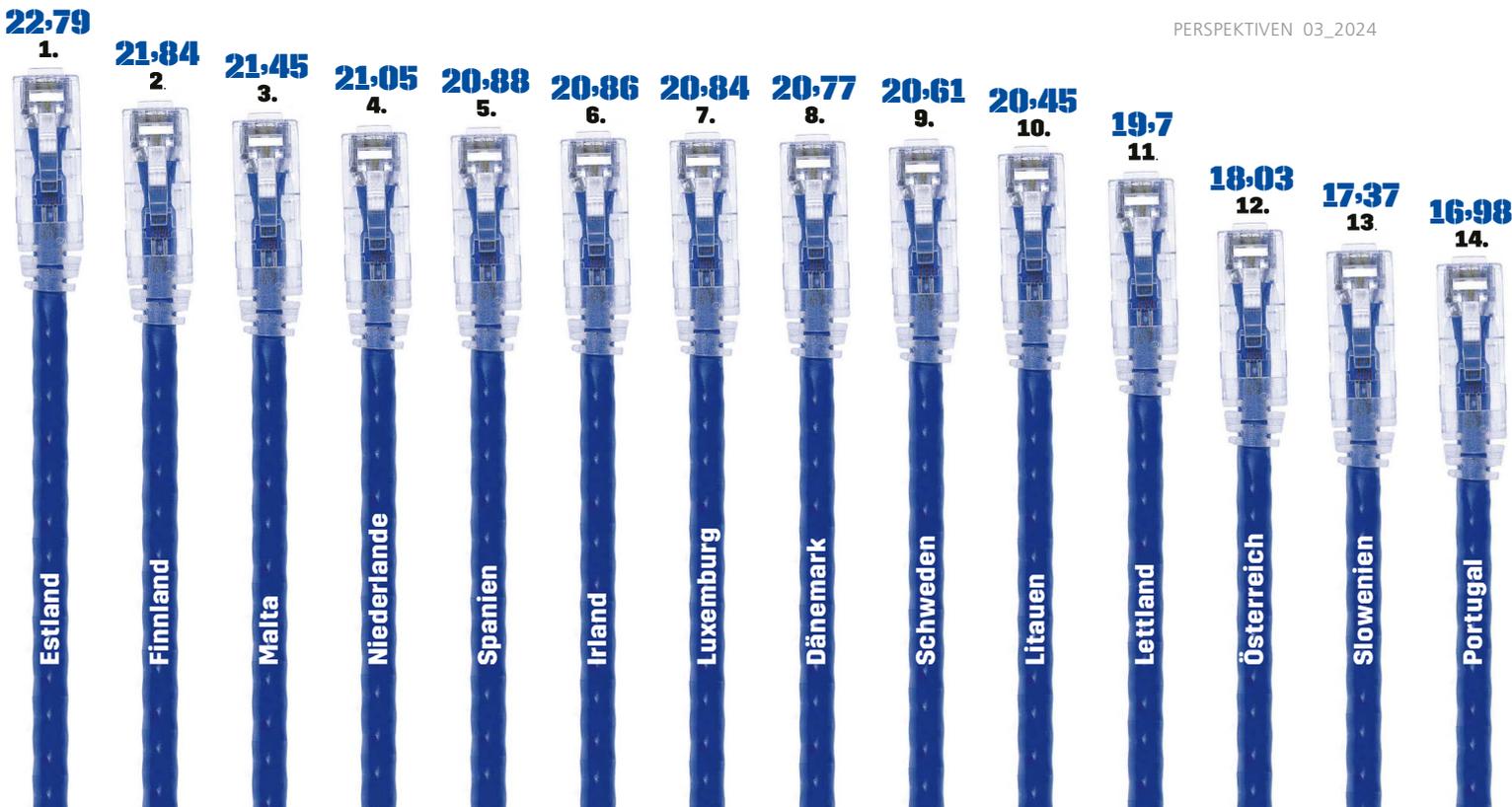
Dr. Dieter Kirchner, ehemaliger Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, feierte seinen 90. Geburtstag. Der promovierte Jurist trat 1963 in die Geschäftsführung von Gesamtmetall ein, fünf Jahre später wurde er Hauptgeschäftsführer (Archivbild von 1994). Bis zu seinem Austritt 1995 hat sich Kirchner in dieser Funktion große Verdienste um die Metall- und Elektro-Industrie erworben. Kirchner war mit 27 Jahren Amtszeit der am längsten amtierende Hauptgeschäftsführer bei Gesamtmetall in der 135-jährigen Verbandsgeschichte.





Warum scheitert das Onlinezugangsgesetz?

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) sollte die deutsche Verwaltung in Sachen Digitalisierung voranbringen und 575 Dienstleistungen online verfügbar machen. Doch das Vorhaben scheiterte krachend. Woran das liegt und was zu tun wäre.



1. Das Problem:

Dass das Land der Dichter und Denker längst nicht das Land der Digitalisierer ist, ist mittlerweile bekannt. Deutschland schaffte es beim europäischen Vergleich der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft im Jahr 2022 gerade mal auf Platz 13 unter den 28 Mitgliedsstaaten der EU.

Die Europäische Kommission veröffentlicht den Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI), der die Fortschritte der Mitgliedstaaten in den fünf wesentlichen Bereichen Konnektivität, digitale Kompetenzen, Internetnutzung durch Privatpersonen, Integration digitaler Technik durch Unternehmen und digitale öffentliche Dienste verfolgt. Betrachtet man nur den Punkt Digitale Verwaltung, reicht es gerade Mal für Platz 18 (siehe Grafik).

Die Umsetzung, oder besser Nicht-Umsetzung, des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ist symptomatisch für diesen Rückstand. 2017 wurde es mit dem Ziel beschlossen, bis Ende 2022 insgesamt 575 Dienstleistungen wie die Beantragung des Personalausweises auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene elektronisch anzubieten. Das sollte den Zugang der Bevölkerung zu Verwaltungsdienstleistungen erleichtern und die Ämter entlasten. Das Innenministerium versprach zu dem Gesetz: „Für einen neuen Führerschein oder den Antrag auf Elterngeld muss man künftig nicht mehr zum Bürgeramt vor Ort. Zukünftig sollen Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen staatliche Leistungen einfach und

sicher von dem heimischen Wohnzimmer aus beantragen können.“

Das ist gut gedacht, schließlich geht es einer Studie der Initiative „Digital für alle“ zufolge mehr als der Hälfte der Bevölkerung nicht schnell genug in Sachen Digitalisierung. Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag von eco – Verband der Internetwirtschaft e.V. zeigte 2023: Den größten Handlungs- und Entwicklungsbedarf sehen die Deutschen in den Bereichen Digitalisierung von Behörden und Verwaltung. Das Institut der Deutschen Wirtschaft bezeichnete das Gesetz in einem Kurzbericht als „Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg des E-Governments in Deutschland“.

Ökonom Klaus-Heiner Röhl vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat sich eingehend mit dem OZG beschäftigt. Er stellt der Digitalisierung in der Verwaltung in Deutschland ein schlechtes Zeugnis aus: „Eine leistungsfähige Verwaltung gehörte lange zu den deutschen Standortvorteilen. Inzwischen sind jedoch viele deutsche Behörden überlastet und klagten über Fachkräftemangel, obwohl in den letzten 14 Jahren viele neue Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen wurden.“ Das Problem: „Neue Aufgaben und Prüfpflichten für Verwaltungen werden eingeführt, ohne bestehende Aufgaben zu überprüfen und zu vereinfachen. Auch die Möglichkeiten von Datenclouds und KI werden bislang in deutschen Verwaltungen kaum genutzt. Wenn die bevorstehende Verrentungswelle von

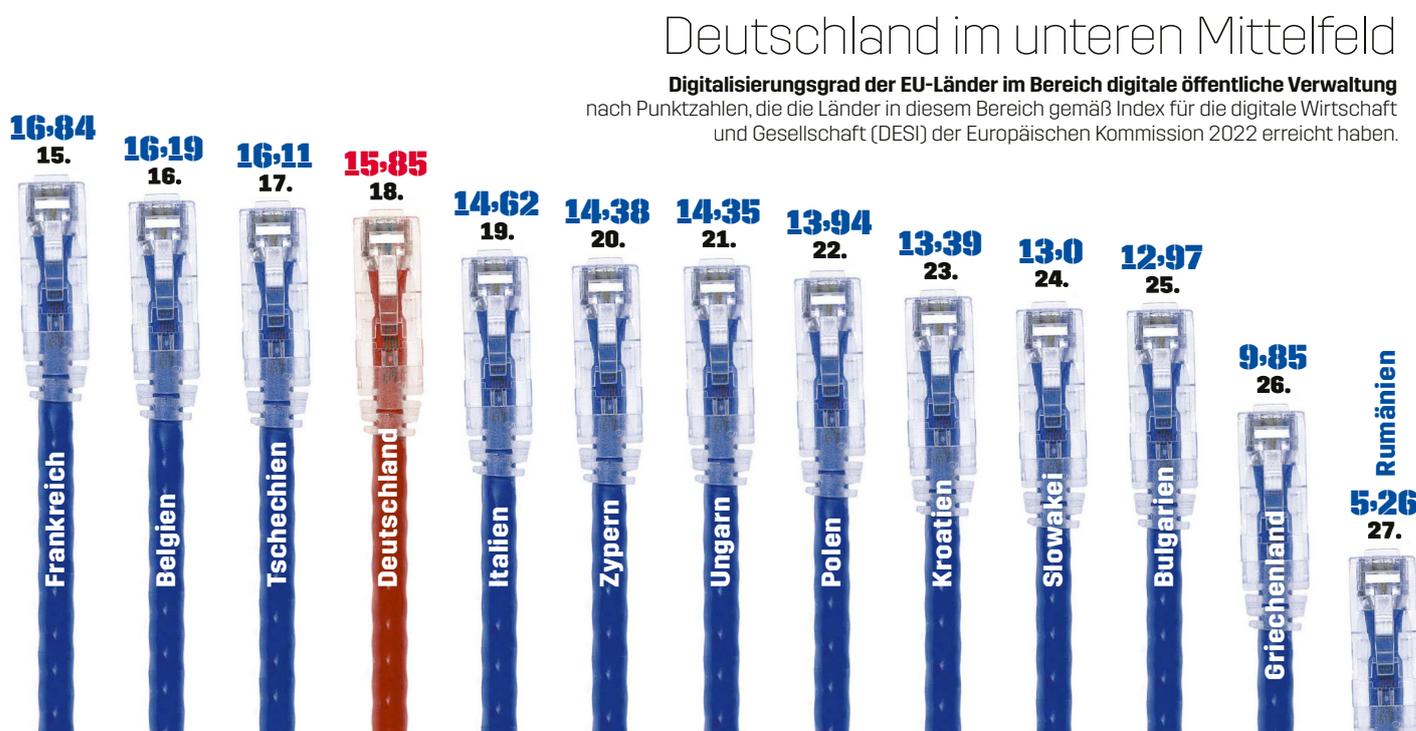
circa 30 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bis 2030 nicht zum Kollaps der Verwaltungsarbeit und noch deutlich längeren Genehmigungsverfahren führen soll, müssen die Vorteile der Digitalisierung konsequent genutzt werden.“

Doch die Digitalisierungspläne im Rahmen des OZG scheiterten. Die für Ende 2022 festgesetzte Deadline war schon ein Jahr vor Fristablauf nicht mehr zu halten. Bereits Anfang 2022 hatte der IT-Planungsrat aufgrund des schleppenden Fortschritts 115 Verwaltungsdienstleistungen als besonders wichtig identifiziert. Zumindest diese sollten rechtzeitig online angeboten werden. Doch auch dieses Minimalziel scheiterte. Lediglich 105 der 575 im OZG vorgesehenen Leistungen konnten fristgerecht umgesetzt werden. Im August 2024 vermeldet das Innenministerium auf dem Dashboard Digitale Verwaltung 156 OZG-Dienstleistungen als flächendeckend bundesweit verfügbar. Das Dashboard, das den aktuellen Stand illustrieren soll und auf das das Innenministerium verweist, wurde im April 2022 zudem von Bundesrechnungshof infrage gestellt. Nach Ansicht der Prüfer benutzten die Verantwortlichen es für irreführende Darstellungen, die den tatsächlichen Umsetzungsstand beschönigen.

2. Die Gründe:

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) koordiniert die Umsetzung des OZG. Daran arbeiten Bundesressorts, Länder und Kommunen, aber auch viele weitere Beteiligte

FOTOS: GETTYIMAGES/BALLYSCANLON, PICTURE ALLIANCE /GK/SHOTSHOP

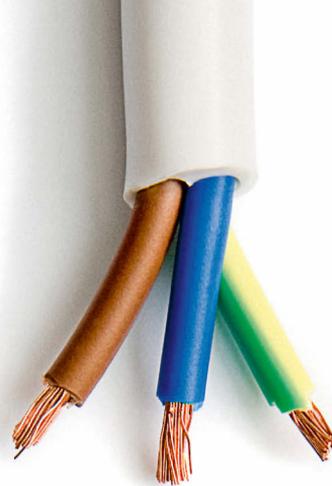


wie zum Beispiel Verbände, Verwaltungsbedienstete, IT-Dienstleister und Nutzende. In Anbetracht der vielen Akteure ist es nicht verwunderlich, dass das Innenministerium das Scheitern des OZG unter anderem auf „komplexe föderale Strukturen, unterschiedliche Digitalisierungsstände und eine heterogene IT-Landschaft“ zurückführt. „Zahlreiche Onlinedienste konnten entwickelt werden, diese sind bisher aber oft nur in einzelnen Ländern oder Kommunen verfügbar“, heißt es. Einige Länder und Kommunen besäßen nicht die Ressourcen, Digitalisierungsvorhaben und -projekte selbstständig zu stemmen. „Dies macht die Bereitstellung bundesweit gleichwertiger digitaler Angebote für alle Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen extrem komplex und aufwendig.“ Die „umfassende Digitalisierung und Vereinheitlichung der deutschen Verwaltung“ könnten nur im Zusammenspiel von Bund, Bundesländern und Kommunen gelingen. „Dafür müssen die Beteiligten auf ganz neue Art zusammenarbeiten – über Ressortgrenzen und Verwaltungsebenen hinweg. Das beinhaltet einen immensen Koordinationsaufwand.“

Klaus-Heiner Röhl vom IW sieht das ähnlich. „Generell sind die politisch geteilte Zuständigkeit und fehlende Zentralisierung wichtiger Vorhaben auf Bundesebene das Hauptproblem, an dem die Digitalisierung scheitert.“ Im Falle des OZG bemängelt er konkrete Fehler bei der Umsetzung: „Nach Beschluss des OZG wurde die Digitalisierung der Verwaltung den überwiegend zuständigen Bundesländern und Kommunen überlassen, ohne Umsetzungs-Meilensteine zu vereinbaren oder auf eine ausreichende Ausstattung der zuständigen Stellen zu achten.“ Der grundlegende Fehler habe allerdings schon darin bestanden, „nicht zunächst eine Aufgabenüberprüfung vorzunehmen, die zu einer Erarbeitung digitaltauglicher und bundeseinheitlicher Verfahren genutzt wurde.“ Stattdessen arbeiteten Behörden in Bund, Ländern und Gemeinden parallel an der Erstellung von Online-Masken für etablierte analoge Behördenvorgänge.

3. Die Lösung:

Nach dem Nichterreichen eines Großteils der ursprünglichen OZG-Ziele hat der Bundesrat am 14. Juni 2024 dem Gesetz zur Änderung des Onlinezugangs-



11.000

Kommunen und **deren Ämter** sollen durch das OZG digitalisiert werden.

575

OZG-Dienstleistungen in den Ämtern sollten bis Ende 2022 laut Gesetz online angeboten werden.

156

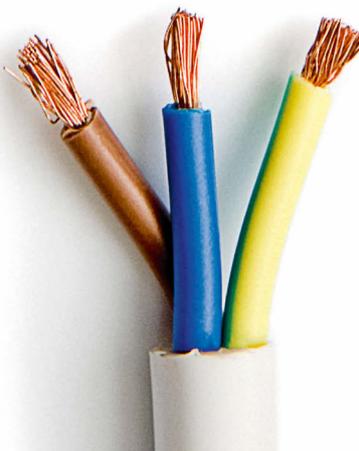
OZG-Verwaltungsdienstleistungen sind laut Innenministerium anderthalb Jahre nach Fristablauf flächendeckend bundesweit verfügbar (*Dashboard Digitale Verwaltung, Stand 1. August 2024*).

63 %

der Deutschen sehen in der Digitalisierung von Behörden und Verwaltung die größte Baustelle der Digitalisierung im Land (*Civey-Umfrage für eco – Verband der Internetwirtschaft e.V.*).

59 %

der Deutschen ist das Tempo der Digitalisierung hierzulande zu langsam (*Studie im Auftrag der Initiative „Digital für alle“*).



gesetzes (OZG 2.0) zugestimmt, das kurz zuvor vom Bundestag beschlossen wurde. Demnach sollen die Menschen in Deutschland ein Recht darauf haben, die meisten Behördengänge online zu erledigen. Das Recht auf digitale Verwaltungsleistungen soll vom Jahr 2028 an beim Verwaltungsgericht eingeklagt werden können. Allerdings: Der Rechtsanspruch gilt nicht für Leistungen, bei denen eine digitale Bereitstellung „technisch und rechtlich“ unmöglich ist oder die kaum genutzt werden. Auch ein Schadenersatz soll nicht eingeklagt werden können. Innerhalb von zwei Jahren – also nach der nächsten Bundestagswahl – soll das Bundesinnenministerium Standards und Schnittstellen für den Onlinezugang zu Verwaltungsleistungen festlegen.

Ökonom Röhl hält das OZG 2.0 für „vollkommen unambitioniert, da es auf jegliche Fristen und Vorgaben für die weitere Umsetzung der Online-Verfügbarkeit der 575 im Gesetz definierten staatlichen Leistungen verzichtet hat.“ Stattdessen müssten sich Bund und Länder „endlich auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Digitalisierung einigen. Wir benötigen bundesweit einheitliche Bürger- und Unternehmensportale, in die nach und nach alle staatlichen Leistungen und Anforderungen eingepflegt werden.“ Eingaben über diese Portale sollten weitgehend automatisiert geprüft und nur in einer zweiten Stufe beispielsweise bei Unstimmigkeiten händisch durch Verwaltungspersonal überprüft werden, um eine Entlastung von Routearbeiten zu erreichen. Zudem sollten die Datenregister bei staatlichen Stellen modernisiert und miteinander verknüpft werden. Nur so könne das „Once only“-Prinzip der EU, nach dem Bürgerinnen und Bürger ihre Daten und Nachweise bei staatlichen Stellen nur einmal einreichen müssten, erreicht werden. Bislang könnten die Datenregister nicht miteinander kommunizieren. „Eine Folge davon ist der vorletzte Platz Deutschlands in der EU im Bereich der vorausgefüllten Online-Formulare, wo nur Rumänien schlechter abschneidet.“ Röhl's Fazit ist klar: „Ohne die Bereitschaft, Verwaltungsverfahren digitaltauglich neu zu definieren und bundeseinheitliche Lösungen zu erarbeiten, bleibt die Digitalisierung der Ämter Stückwerk.“

Mathematik,
Informatik,
Naturwissenschaften
und Technik:
Testen Sie Ihr
Wissen im
MINT-Quiz



Warum ist eine Reise zum Mars so schwierig?

Der Mars fasziniert die Menschheit. Der „Rote Planet“ gilt als potenzielles Ziel für zukünftige bemannte Missionen. Raumfahrtagenturen weltweit wollen diesen Traum wahr werden lassen und bauen unter anderem Testgelände für Astronauten, zum Beispiel das Österreichische Weltraum Forum in Armenien (Foto).

Doch warum ist eine Reise zum Mars eigentlich so schwierig?

- A** Eine Reise zum Mars dauert etwa sechs bis neun Monate, je nach Position der Planeten.
- B** Für die bemannte Reise werden 1.500 Tonnen Treibstoff (inklusive aller Missionsphasen) benötigt.
- C** Die Atmosphäre des Mars ist 100-mal dünner als die der Erde, was das Abbremsen und Landen erschwert.

Die richtige Antwort: →

Chancenkarte

Attraktiv genug für Fachkräfte?

Seit dem 1. Juni soll die Chancenkarte Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten die Arbeitssuche in Deutschland erleichtern. Mit diesem Visum können Arbeitskräfte auch ohne festen Arbeitsvertrag – zunächst für maximal ein Jahr – nach Deutschland einreisen. Die Arbeitsaufnahme ist damit ohne ein langwieriges Anerkennungsverfahren möglich. Ein Punktesystem, das auf Sprachkenntnissen, Qualifikationen und Erfahrungen basiert, soll sicherstellen, dass nur Fachkräfte kommen. Bislang sind etwa 200 Chancenkarten ausgegeben worden

Die Chancenkarte muss jedoch praxisnäher ausgestaltet werden, damit sie einen dauerhaften Mehrwert schafft. Zwar bietet sie aktuell schon die Möglichkeiten zur Probearbeit und zur Nebenbeschäftigung. Leider soll aber zum Beispiel die Verlängerung nach einem Jahr nur unter bisher sehr en-



gen Voraussetzungen möglich sein. Zudem muss unbedingt eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Zuwanderer eingerichtet werden, um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen in ganz Deutschland einheitlich angewandt werden. Diese fehlt bisher. Die probeweise Begrenzung der Zuwanderung über die Chancenkarte sollte unbedingt dazu genutzt werden, um die Verfahren in den Verwaltungen und Behörden zu erproben und die Abläufe reibungslos auszugestalten.

A und C sind richtig. Eine Marsmission stellt enorme Herausforderungen aufgrund der Entfernung und die sicheren Landung dar. Die Atmosphäre des Mars ist etwa 100-mal dünner als die der Erde. Sie besteht hauptsächlich aus Kohlendioxid und ist äußerst dünn, da der Mars nur ungefähr ein Drittel der Anziehungskraft der Erde besitzt. Diese Komponenten erschweren eine sichere Landung. Die Entfernung zum Mars beträgt etwa 225 Millionen Kilometer, die Reise dauert sechs bis neun Monate. Dabei spielt es eine Rolle, dass es sich beim Mars um ein bewegliches Ziel handelt. Die Flugbahn müsste also etwa alle 15 Tage angepasst werden. Nur alle 26 Monate befinden sich Mars und Erde in der idealen Position zueinander. Und was die Treibstoffmenge anbelangt: Es werden weniger als 1.500 Tonnen benötigt. Eine detaillierte Abschätzung für eine bemannte Marsmission durch die NASA, basierend auf dem Mars Design Reference Architecture (DRA 5.0), berechnet, dass insgesamt etwa 500 bis 800 Tonnen Treibstoff (einschließlich Start von der Erde, Transfer, Landung, Aufenthalt und Rückkehr) erforderlich sein könnten.

Kein Ende der Rezession in Sicht

Die Hoffnungen auf eine Stabilisierung der Konjunktur zur Jahresmitte haben sich zerschlagen. Die Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) steckt weiterhin in der Rezession. Eine Trendwende scheint nicht in Sicht.

Der Abwärtstrend in der M+E-Industrie setzte sich im 2. Quartal 2024 ungebremsst fort: Die Auftragslage verschlechterte sich um 3 Prozent zum Vorquartal. Im 1. Halbjahr 2024 gingen damit fast 9 Prozent weniger Neubestellungen als im Vorjahr ein. Fast jedes zweite M+E-Unternehmen beklagt inzwischen Auftragsmangel. Auch die Produktion sank im 2. Quartal zum fünften Mal in Folge und lag im 1. Halbjahr rund 7 Prozent unter dem Vorjahr. Der Abstand zum Vorkrisenniveau 2018 vergrößerte sich auf nunmehr 15 Prozentpunkte. Die Auslastung der M+E-Unternehmen fiel infolgedessen im Juli 2024 auf nur noch 78 Prozent. Nur während der Finanzkrise 2009 und in der Coronapandemie 2020 war die Auslastung niedriger.

te sich auf nunmehr 15 Prozentpunkte. Die Auslastung der M+E-Unternehmen fiel infolgedessen im Juli 2024 auf nur noch 78 Prozent. Nur während der Finanzkrise 2009 und in der Coronapandemie 2020 war die Auslastung niedriger.

Wirtschaftswende ist nötig

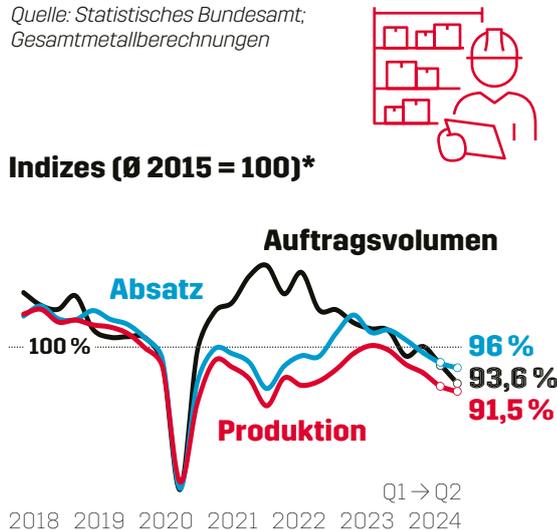
Entsprechend schlecht ist auch die Stimmung der Unternehmen: Das M+E-Geschäftsklima brach im Juli regelrecht ein. Die M+E-Firmen bewerteten die aktuelle Lage negativer und blickten zudem pessimistischer

auf die kommenden Monate. Die Produktionspläne der M+E-Firmen fielen im Juli auf ein Siebenmonatstief. Die Hoffnungen auf eine konjunkturelle Stabilisierung rücken damit in immer weitere Ferne. Stattdessen zeigt die Entkopplung von einer relativ stabilen Weltkonjunktur deutlich, dass Deutschland ein strukturelles Standort- und Wettbewerbsproblem hat. Eine Wirtschaftswende mit einer klaren Perspektive für die Unternehmen wird damit immer nötiger. Deutschland braucht einen neuen Agenda-Moment.

Wichtige Konjunkturindikatoren in der M+E-Industrie: unverändert im Abwärtstrend

Entwicklung von Auftragseingang, Umsatz & Produktion in der M+E-Industrie
Preis-, kalender- & saisonbereinigte Werte, reindiziert auf Ø 2015 = 100

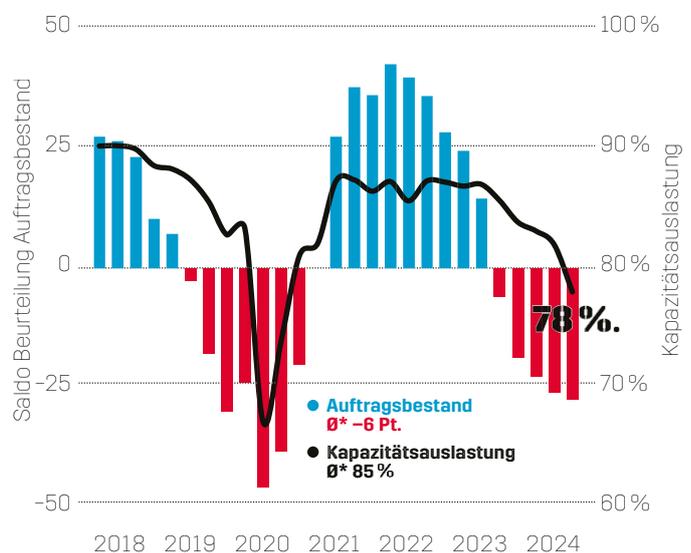
Quelle: Statistisches Bundesamt; Gesamtmetallberechnungen



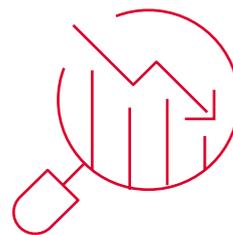
Auslastung bricht infolge der immer schwächeren Auftragslage ein

Auftragsbestand & Auslastung in der M+E-Industrie
Saldo +/- Meldungen (links) & Auslastung der betriebsüblichen Kapazität (rechts)

Quelle: ifo Konjunkturtest
*langjähriger Mittelwert seit 2002

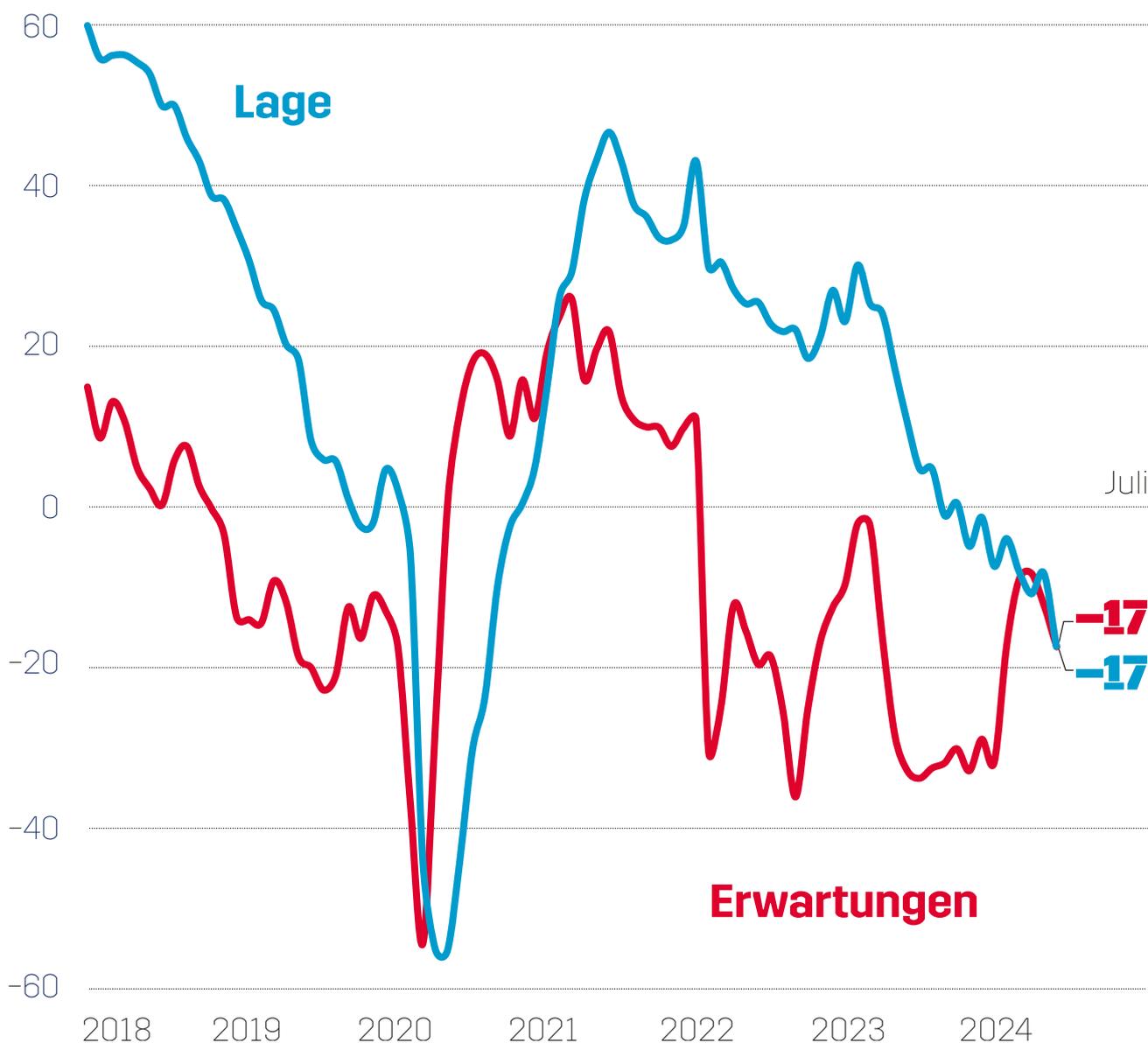


Desolante Stimmung in den M+E-Firmen – Rezession droht weiter anzuhalten



ifo-Geschäftsklima M+E-Industrie, saisonbereinigte Salden der +/- Meldungen

Quelle: ifo Konjunkturtest, Salden aus +/- Meldungen für Juli 2024;
die Pfeile geben Niveau und Trend in den letzten 3 Monaten wieder



● M+E-Konjunkturampel → Entwicklung zum Vormonat

Beurteilung Auftragsbestand: → **-27 Pt.**

Produktionspläne: → **-13 Pt.**

Personalpläne: → **-12 Pt.**

Nachfrage zum Vormonat: → **-13 Pt.**

Exportpläne: → **-8 Pt.**

Preiserwartungen: → **0 Pt.**



Was wurde aus dem ...

Gute-KiTa-Gesetz

Mit dem Gute-KiTa-Gesetz, das 2019 in Kraft trat, wollte die damalige Bundesfamilienministerin Franziska Giffey die Qualität in der Kindertagesbetreuung bundesweit verbessern. Das vom Bund mit 5,5 Milliarden Euro finanzierte Gesetz sah vor, den Ländern einen „Instrumentenkasten“ zur Verfügung zu stellen, aus dem sie je nach ihren Prioritäten wählen können. Darin enthalten waren Leistungen wie die Sicherung eines guten Fachkraft-Kind-Schlüssels, die Stärkung der KiTa-Leitungen, die Ver-

besserung der Gestaltung der Räume und die Förderung der sprachlichen Bildung. Im Gegenzug sollten die Länder die Beitragsfreiheit des KiTa-Besuchs sicherstellen.

Mit der Weiterentwicklung, dem KiTa-Qualitätsentwicklungsgesetz, wurden anschließend Standards definiert, die bundesweit zu erfüllen sind, zum Beispiel die Erzielung eines bestimmten Fachkraft-Kind-Schlüssels und die Verbesserung von Sprachkompetenz. Stärkere Fokussierung auf die Ver-

besserung der Qualität statt auf Beitragsfreiheit ist damit prioritär.

Trotz schwieriger Haushaltslage wird der Bund das Gesetzesvorhaben weiter mit zwei Milliarden Euro unterstützen. Damit ist die Umsetzung des Gesetzes, das durch Evaluierung nachgewiesenermaßen die Bedingungen in den Kitas verbessert hat, gesichert. Wenn weiterhin darauf gesetzt wird, sich auf die absolut notwendigen Prioritäten zu konzentrieren, kann man von einem Erfolg dieses Gesetzes sprechen. 

Impressum

Perspektiven

ist das vierteljährlich erscheinende Magazin der Metall- und Elektro-Industrie, mit dem die hohe Relevanz der Themen und Argumente der M+E-Industrie für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestellt und in die politische Diskussion eingebracht wird. Das Magazin versteht sich als Plattform für Informationen, Ideen und Meinungen und sucht den Diskurs mit anderen Stakeholdern. Es richtet sich an eine breite Leserschaft in der Politik, den obersten Behörden, Verbänden und der Wissenschaft.

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Gesamtmittel
Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Voßstraße 16, 10117 Berlin
Tel.: 030 55 150-0
E-Mail: perspektiven@gesamtmittel.de
www.gesamtmittel.de

Verlag:

Axel Springer Corporate Solutions GmbH & Co. KG
Axel-Springer-Straße 65
10888 Berlin

Redaktion:

V.i.S.d.P. Martin Leutz (Gesamtmittel),
Iris Grundmann (Redaktionsleitung Gesamtmittel),
Anika Berger, Tim Winter (Redaktion Axel Springer Corporate Solutions)
Aisha Wilson (Projektmanagement Axel Springer Corporate Solutions)

Druck und Vertrieb:

X-PRESS Grafik & Druck GmbH
Nunsdorfer Ring 13
12277 Berlin

ISSN-Nummer:

2703-0717

Fotoredaktion:

Birgit Kohne

Art-Direktion und Layout:

Stefan Semrau
two type design, Hamburg

Lektorat:

Reiner Klähn

Litho: Image-Pool, Berlin

Herstellung: Silvio Schneider

„Perspektiven“ erscheint viermal jährlich in einer Auflage von rund 3.500 Druck-Exemplaren.

Wenn Sie „Perspektiven“ nicht mehr erhalten möchten, bitte eine kurze E-Mail an: perspektiven@gesamtmittel.de



Das Bürgergeld ist
eine so große Sozialreform,
dass man sie sogar vom
Weltraum aus sieht

SPD



GRESER & LENZ

Ach, Herr Heil...

A portrait of Herfried Münkler, a man with a grey beard and glasses, wearing a dark shirt and jacket. The background is a gradient from red to blue.

»Gesellschaftlicher Zusammenhalt erwächst aus gemeinsamen Erfahrungen, gemeinsamem Freudentaumel wie gemeinsamer Trauer. Für einen Augenblick und in einem vom Alltag abgetrennten Raum kann aus den vielen Ichs ein Wir werden. Dieses Wir ist komplementär zum Ich und nicht konsumptiv: Es bewahrt das Ich und zehrt es nicht auf.«

Herfried Münkler (*1951)

Der Politikwissenschaftler beschäftigt sich seit fast 50 Jahren mit Politiktheorie und verfolgt aktuelle Entwicklungen. Im Kommentar auf Seite 3 dieser Ausgabe schreibt er über das Wir-Gefühl und wie es entsteht.

GESAMTMETALL

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie